



## **Der „neue“ Trump und der „alte“ Putin**

### **Nach drei Jahren Ukraine Konflikt – Opfert der „Westen“ die Charta von Paris?**

**Dr. Klaus Olshausen**

**März 2017**

#### **Zusammenfassung**

---

Die intensivierten Kämpfe in der Ostukraine sind ein Déjà-vu. Dass sich Russland und die Ukraine dafür gegenseitig verantwortlich machen ist nicht überraschend. Es erscheint aber eher wahrscheinlich, dass die offensiven Aktionen der Separatisten mit russischer Unterstützung so weit gehen sollen, dass Präsident Poroschenko sich – nach September 2014 und Februar 2015 – erneut auf ein ungünstiges „MINSK III“ einlassen muss, da die politische und jede militärische Unterstützung des Westens gering bleibt.

Politiker im Westen fordern sogar, die Sanktionen (weil „unsinnig“) aufzuheben und andere – auch die Bundesregierung – belassen es bei dem Appell an alle, den Waffenstillstand einzuhalten. Bevor man also auf die Trump Administration schaut und ihr in Sachen Ukraine Konflikt Nachgiebigkeit gegenüber Putin unterstellt oder nachsagt, muss man zur Kenntnis nehmen, dass vielen Regierungen in der EU, ganz zu schweigen von den Bevölkerungen, das Schicksal der Ukraine weniger wichtig ist als ein Arrangement mit Putins Russland. Das ist weit entfernt von den Aussagen, die die Allianz noch beim Gipfel in Warschau „kraftvoll“ gebilligt hat.

Zwei Jahre nach MINSK II muss man feststellen, dass diese Vereinbarung keine ihrer Vorgaben erreichen konnte und kann.

Also ist es an der Zeit, Anlauf für einen neuen Ansatz zu nehmen. Drei Maßnahmen müssten jetzt als Paket auf den Tisch. Erstens die Ukraine Grenze im Separatistengebiet für militärische Güter und Personal wirksam schließen; zweitens die 2016 beschlossene bewaffnete OSZE Mission einrichten und drittens Sanktionen gegen Russland von der EU und den USA und die militärische Unterstützung durch die NATO Staaten beschließen, falls beides nicht geschieht. Wenn das eigene Ziel aus der Charta von Paris (noch) gilt, muss man es verfolgen und sich nicht durch Selbstabschreckung lähmen.



## Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

## Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*



## Analyse

---

Seit Mitte Januar 2017 und verstärkt seit dem 28. Januar erlebt die Ukraine ein Déjà-vu. Mit heftigen militärischen Einsätzen der Separatisten, aber auch der ukrainischen Kräfte, mit Toten und Verwundeten auf beiden Seiten, erhält der Krieg im Osten der Ukraine wieder politische Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit in den Nachrichten. Russland beschuldigt die Ukraine der Provokationen und Verletzung des „Minsker Friedensvertrags“. Und die Regierung der Ukraine sieht Putins massive Aktivität in der Ost-Ukraine als direkte Konsequenz aus dem Telefonat Trump-Putin am 27. Januar. Wer immer Recht hat, es erscheint eher wahrscheinlich, dass die offensiven Aktionen der Separatisten mit russischer Unterstützung so weit gehen und erfolgreich sein sollen, dass Präsident Poroschenko sich nach September 2014 und Februar 2015 erneut auf ein ungünstiges „MINSK III“ einlassen muss, da die politische und jede militärische Unterstützung des Westens gering bleibt.

Zusätzlich wird unter europäischen Politikern das offensive, ja aggressive Handeln Russlands gegen die Ukraine ausgeblendet und hingegenommen, wenn Personen wie der bayrische Ministerpräsident Seehofer in der SZ und der ungarische Ministerpräsident Orban am 2. Februar im Beisein Putins die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland fordern, da sie „unsinnig“ seien oder „keine Wirkung“ auf das politisch-militärische Verhalten Putins erreicht haben.

Da sie keinerlei konkrete Maßnahmen vorschlagen, wie sie das russische Verhalten gegen die Ukraine ändern können, muss man schließen, dass sie für die Ukraine die Grundsätze der Charta von Paris (1990) hintanstellen und z.B. Orban offensichtlich nicht daran interessiert ist, die von ihm gebilligte, mitgetragene Politik der NATO und der EU weiter als Grundlage der ungarischen Politik gegenüber Russland zu betrachten.

In diesen Tagen verstärkter Kampfhandlungen in der Ukraine appellieren die meisten europäischen Regierungen, auch die Bundeskanzlerin, lediglich, dass der im Dezember vereinbarte Waffenstillstand eingehalten werden soll. Eine klare politische Linie gegenüber Russland, um den Konflikt nicht nur „einzufrieren“, sondern im Sinne der Charta von Paris zu lösen, ist bei der EU und wichtigen MS nicht erkennbar. Im Gegenteil, meist wird versucht, die Ukraine zu mehr Zugeständnissen zu drängen, die sie innenpolitisch vor eine Zerreißprobe stellen würde. Dieser Druck auf Kiew folgt dem Mantra, dass Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu sichern sei.

Bevor man also auf die Trump Administration schaut und ihr in Sachen Ukraine Konflikt Nachgiebigkeit gegenüber Putin unterstellt oder nachsagt, muss man zur Kenntnis nehmen, dass vielen Regierungen in der EU, ganz zu schweigen von den Bevölkerungen, das Schicksal der Ukraine weniger wichtig ist als ein Arrangement mit Putins Russland. Das ist weit entfernt von den Aussagen, die die Allianz noch beim Gipfel in Warschau „kraftvoll“ gebilligt hat.

Und da lässt dann schon aufhorchen, dass nach den Stimmen von Seehofer und Orban zur Aufhebung der Sanktionen die Trump Administration in Person der neuen UN-Botschafterin am 2. Februar als erste und eindeutig das jetzige militärische Vorgehen Russlands in der Ostukraine „klar und stark“ verurteilt und konstatiert, dass die Sanktionen wegen der Annexion der Krim aufrecht erhalten werden bis zu deren Rückgabe an die Ukraine.

Zwei Jahre nach MINSK II muss man feststellen, dass diese Vereinbarung keine ihrer Vorgaben erreichen konnte und kann. Dies vor allem deshalb, weil es Putin nach dem Wortlaut immer die Möglichkeit gab und gibt, der ukrainischen Regierung die Verantwortung für mangelnden Fortschritt zuzuschieben. Er saß und sitzt damit immer am längeren Hebel. Es war der außenpolitische Berater der Bundeskanzlerin, der auf einer Konferenz zur Ukraine im letzten Herbst lapidar feststellte, dass im Februar 2015 „nicht mehr drin war“.



Also ist es an der Zeit, Anlauf für einen neuen Ansatz zu nehmen.

Wenn die Regierungen der EU- und NATO-Mitgliedstaaten sich selbst ernst und Russland beim Wort nehmen, dass es „angeblich“ im Konflikt keine militärische Rolle spielt, dann müssen jetzt drei Maßnahmen als Paket auf den Tisch.

1. Russland oder die OSZE müssen die Ukraine Grenze im Separatistengebiet für militärische Güter und Personal wirksam schließen.
2. Die 2016 beschlossene bewaffnete OSZE Mission muss eingerichtet werden.
3. Falls 1. und 2. nicht geschieht, sind Sanktionen gegen Russland von der EU und den USA und die militärische Unterstützung durch die NATO Staaten zu beschließen.

Wenn das eigene Ziel (noch) gilt, muss man es verfolgen und sich nicht durch Selbstabschreckung lähmen lassen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im Newsletter des Behördenspiegel, Nr. 175.